

## **Thesen zur Praxis und Politik einer sozialwirtschaftlichen Transformation**

*Auszug S. 214-228 aus: Horst Müller, Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens. In: Ders. (Hrsg.), Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation. BoD-Verlag, Norderstedt 2010, S. 157-228.*

*Die längst überfällige Überschreitung der ‚negatorischen‘ Kapitalanalyse führt zu einer zeitgemäß veränderten Modellierung der Reproduktionszusammenhänge. Deren konsequente wert-, reproduktions- und praxistheoretische Diskussion weist auf, inwiefern heute, noch mehr oder weniger latent, bereits eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternative angelegt ist.*

*In den vorliegenden Schlussthesen werden praktisch-programmatische Folgerungen aus der Theorie einer ‚Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft‘ gezogen. Die grundbegrifflichen Dispositionen und gesellschaftspolitischen Orientierungen berühren die gegenwärtigen Alternativen- und Programmdiskussionen in wesentlichen Aspekten.*

### **7.1 Ein möglicher Richtungswechsel in der eröffneten Periode**

Worauf läuft das nun alles praktisch hinaus, nachdem sich eine widersprüchliche, krisengeschüttelte, aber positiv latenzhaltige Übergangssituation abzeichnet, in der die Option für eine gesellschaftliche Transformation möglich und realistisch scheint?

Bei allen hier notgedrungen nur thesenhaft behandelten Aspekten und Beispielen, die für einen sozialwirtschaftlichen Richtungswechsel stehen könnten, ist zunächst zu bedenken: Die Aufgaben der Geburtshilfe für das aus der Latenz andrängende Produktivkraftensemble sind, entsprechend den wirtschaftsgeschichtlichen und weltstheoretischen Vorüberlegungen<sup>1</sup>, nicht nur auf wenige Legislaturperioden zu veranschlagen, sondern zunächst mindestens auf ein Vierteljahrhundert oder länger. In der Folge mögen sich, gestützt auf weiter ausgefaltete sozialwirtschaftliche Potentiale, genährt durch zugespitzte Problemlagen, die Auseinandersetzungen der kontradiktorischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Kräfte um die hegemoniale Positionierung<sup>2</sup> einem Umschlagspunkt annähern oder in neue Phasen eintreten.

Im Ausblick erscheint es angebracht, nur noch eine kurze Zusammenfassung der Zielperspektive voranzustellen und dann einige Ansatzpunkte zu benennen, welche zur Orientierung der rührigen Initiativen im Horizont einer transformatorischen Praxis und Politik beitragen können sowie die weitergehende Diskussion und vor allem künftige Forschungsanstrengungen anregen sollen. Das programmatische Konzentrat sollte verständlich sein, insofern dabei Grundgedanken aus den vorhergehenden Analysen erneut aufgegriffen werden oder darauf zurückverwiesen wird.

---

<sup>1</sup> Immanuel Wallerstein geht davon aus, dass die Übergangsperiode, in der die Auseinandersetzung über die Zukunft geführt und entschieden wird, jedenfalls mehrere Jahrzehnte und vielleicht bis zu 50 Jahren umfassen wird. Siehe dazu Immanuel Wallerstein / Horst Müller: Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010.

<sup>2</sup> Der transformationstheoretische Ansatz aktualisiert auf seine Weise erneut das auf Gramsci zurückverweisende Konzept eines Ringens um Hegemonie. Ich verweise zur Einführung gerne auf Annegret Kramer: ‚Gramscis Interpretation des Marxismus‘, man müsste den Titel ergänzen: ‚als Philosophie der Praxis‘. Siehe S. 65-118 in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1975. Ganz aktuell: Walter Baier, Die Transformation. Erinnerung an Überlegungen von Antonio Gramsci und Karl Polanyi. Neues Deutschland / Inland, am 28.06.2010.

## 7.2 Die Zielperspektive einer demokratischen Wirtschaftsgesellschaft auf sozial-ökonomischer Grundlage

Der hier entwickelte grundlegende Gedanke besagt, dass die hoch entwickelten Wirtschaftsgesellschaften als Übergangsgesellschaften begriffen werden können, in denen die Theorie sowohl wie die Praxis einer sozialwirtschaftlichen Transformation eine materielle Basis hat und auf praxisformative Kräfte verweisen kann. Dabei geht es nicht um einen einmaligen kolossalen Bruch, sondern darum, in einer real unausgemachten, chaotischen, aber positiv latenzhaltigen Situation, angesichts äußerster Gefährdungen, Geburtshilfe für eine fortgeschrittene Gestalt des Wirtschafts- und ein lebenswerteres Gesellschaftsleben zu leisten. In der heute vorgegebenen globalen Gleichzeitigkeit könnte im Grunde jedes Land nach seinen Bedingungen den Richtungswechsel angehen, indem sich hier ein wirtschafts- und sozialinformatisch transparentes, in gesellschaftlicher Selbstkontrolle operables und effektives politisch-ökonomisches Systemkonzept anbietet.

Sozialwirtschaft als Systemalternative beruht auf einer formationellen Umstimmung der bestehenden Reproduktionsverhältnisse mit Konsequenzen, die über die immer neu ins Spiel gebrachten Ansätze zu einer Alternativen Wirtschaftspolitik oder bloßen Reformation der sozialkapitalistischen Grundfiguration hinausgehen. Sie verläuft sich dergestalt weder in eine Kommandowirtschaft noch einen Marktsozialismus, in keinen Ökosozialismus oder gar in einen grün-alternativ verblendeten Ökokapitalismus. Eine Praxis und Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation stellte den Antagonisten zur krisenhaft weitertreibenden liberalistisch-demokratischen Formierung dar. Ihre Ziel, eine konkrete Form des Gemeinwesens, kann als *demokratische Wirtschaftsgesellschaft auf sozialwirtschaftlicher Grundlage* bezeichnet werden. Diese stellt ein gemischt erscheinendes, sozial-ökonomisches Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit, Reproduktion und Praxis dar. Infolge der Neutralisierung des Verwertungszwangs, auf Grundlage einer transparenten, stimmigen Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsrechnung, können wirtschaftsdemokratische Verfahren und Organe eine informierte, abgestimmte, planvolle ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung in Gang halten.<sup>3</sup> In diesem Sinne versteht sich Sozialwirtschaft als Grundlage einer zivilisatorisch höher stehenden Gesellschaftlichkeit, auch als Ermöglichungsbedingung menschengemäßer Naturverhältnisse, einer „Allianztechnik“<sup>4</sup>, sowie künftiger Partnerschaft und Brüderlichkeit der Nationen.<sup>5</sup>

## 7.3 Wissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliches Bewusstsein

Die vorgestellte, wie überhaupt jede ernst zu nehmende Alternativkonzeption, kann nur in einer kollektiven Anstrengung wissenschaftlich entwickelt werden und so als ganzheitliches Konzept Vertrauen gewinnen. Die unhintergehbare Anforderung an jedes entsprechende Konzept ist eine geschichtsmaterialistisch und methodisch ausgewiesene, mit der Marxschen Kapitalanalyse korrespondierende Wert-, Reproduktions- und Praxisanalytik und ein Entwurf, der eine produktive, sich aneinander berichtigende Auseinandersetzung mit den

---

<sup>3</sup> Für die hier weiter notwendige Vertiefung möchte ich auf Ausführungen rund um das Thema „Wirtschaftsplanung und radikaldemokratische Verfassung“ an anderer Stelle verweisen. Müller, Horst: Alternativkonzepte der politischen Ökonomie – Sozialismus des 21. Jahrhunderts? S. 204-266 in Ders. (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. BoD-Verlag, Norderstedt 2007.

<sup>4</sup> Allianztechnik wird hier im Sinne von Ernst Bloch verstanden. Die Quintessenz siehe Ders., Experimentum Mundi. Gesamtausgabe Bd. 15, S. 251 f.

<sup>5</sup> Zur Nation-Frage verweise ich auf Michael Löwy, „Die Nationale Frage und die Klassiker des Marxismus“, S. 102-126 in: Tom Nairn / Eric Hobsbawm / Régis Debray / Michael Löwy (Hg.), Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte, Rotbuch Verlag, Berlin 1978. Ferner auf die ins Rote treffenden Erläuterungen zu „Die Linke und die Nation“, S. 85 ff. in: Domenico Losurdo, Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Kai Homilius Verlag, Berlin 2010.

zahlreichen historisch schon vorgetragenen und aktuell neu entwickelten Ideen ermöglicht.<sup>6</sup> Ein solcher, unvermeidlich und erheblich strittiger Klärungsprozess kann zur Entwicklung eines klareren Bewusstseins der in Vollzug gesetzten gesellschaftlichen und politischen Praxis und zur Orientierung in ihr beitragen.

Diese Bewusstseinsbildung, ebenso ein Umbildungsprozess im medial vielfach geblendeten alltäglichen Bewusstsein, ist wesentlich mit der Grundansicht verknüpft, dass die gegenwärtigen Krisen den Eintritt in eine Übergangsepoche signalisieren, dass die eigene Gesellschaft den definitiven Charakter einer Übergangsgesellschaft aufweist und dass eine noch mehr oder weniger latente, aber bereits andrängende und konkreter fassbare Alternative vorhanden ist.<sup>7</sup> Von diesem positiven Grundgedanken ist man gegenwärtig weit entfernt: Zunächst verschiebt sich das Gewicht der intellektuellen Bemühungen noch ohne rechten Halt von Problemanalysen zur Ideensammlung für eine bessere Zukunft. In den anschwellenden Bürger-, Sozial- und Alternativbewegungen sind heterogene Motive wirksam und gehen eher diffuse Gedanken um, dass es so nicht weiter gehen kann und soll.

Positive, konkretere und aktivierende Gedanken sind nach dem Zusammenbruch der großen, vorfristigen Hoffnungen des 20. Jahrhunderts und einem anschließenden Vierteljahrhundert liberalistischer Kopfwäsche von elementarer Bedeutung: Die immer neu angestrengte Sozial- und Systemkritik des Bestehenden kann die Nebelbänke, welche die Aussicht auf eine andere und bessere Zukunft verstellen, allein nie vertreiben. Für diese Aktivierung ist auch die vielfältig keimende Entwicklung einer „neuen Sensibilität“<sup>8</sup> und davon durchdrungenen progressiven Kultur von Bedeutung. Diese reagieren auf die alltäglichen Grundverkehrungen der Praxis und tragen zur Entfaltung eines erweiterten Bewusstseins und einer höheren Zivilisation bei.

#### **7.4 Sozialstaat und Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste**

Das werdende Positivum kündigt sich zunächst am deutlichsten in der gewandelten Rolle von Sozialstaat und sozialwirtschaftlichen Diensten an, und die anvisierte Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste stützt sich maßgeblich auf Dispositionen und Transferleistungen gesellschaftlicher Organe. Es kann daher nicht um eine Rückbildung des Staates gehen, sondern liberalistischen Tendenzen entgegen um seine Ausfaltung, von der kommunalen und regionalen bis zur gesamtgesellschaftlichen Ebene, als erweitertes Ensemble partizipatorischer und demokratischer, handlungs- und interventionsfähiger Organe einer modernen Wirtschaftsgesellschaft.

Mit Blick darauf kann in jeder Hinsicht entschieden auf die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste hingewirkt werden, das heißt auf eine praktische Bestätigung ihrer wahren Bedeutung durch sozialstaatliche Finanzierung, Förderung und Regieleistung, durch das Hinwirken auf eine völlig paritätische ökonomische Stellung der Beschäftigten in sozialen Einrichtungen, Kulturinstitutionen und öffentlichen Diensten, durch eine dem realen Charakter und den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Ausstattung, gemeinwirtschaftlich ausgerichtete Instituierung und tendenzielle Verstärkung ihres gesamtökonomischen Gewichtes. All dies kann schon jetzt in den Tarifaueinandersetzungen und vielen akuten Kontroversen geltend gemacht werden. Der Gewerkschaftspolitik und der gesellschaftspolitischen Positionierung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kommt in diesem Zusammenhang und in Verbindung mit

---

<sup>6</sup> Ich sehe darin eine Antwort auf die Frage „Welches Wissen gegen die Krise?“, die der BEIGEWUM-Beirat im November 2010 „in einer Bilanzdiskussion mit Perspektive“ nach 25 Jahren seiner Kritik, Gegenexpertise und Alternativendiskussion stellt.

<sup>7</sup> Die Wandparole an der Sorbonne, im Mai 1968, „Unter dem Pflaster liegt der Strand“ bekommt mit dem Latenz-Begriff einen überraschenden neuen Sinn.

<sup>8</sup> Siehe Marcuse, Herbert: Versuch über die Befreiung. Herbert Marcuse Schriften Bd. 8, S. 237-317.

Initiativen und Protesten aus der Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu: Die ver.di-Fachbereiche und –Branchen lesen sich wie eine Checkliste sozialwirtschaftlicher Dienste.

Aufgrund der Bedeutung von Sozialstaat und sozialwirtschaftlichen Diensten für eine transformatorische Praxis und Politik ist die zentrale Frontlinie der gegenwärtigen Kontroversen um eine bessere Zukunft relativ klar gezeichnet: Durch die vielseitigen Bewegungen gegen die Privatisierung des Öffentlichen, gegen die Tendenz zur privatwirtschaftlichen Ausplünderung und „neoliberalen Umgründung“ des Sozialstaats. Aus dieser Sicht geht es auch in der aktuellen Auseinandersetzung um das Verkehrs- und Städtebauprojekt „Stuttgart 21“ darum, ob weiterhin mit schuldentreibenden, megalomanischen Großprojekten unmittelbare kapitalwirtschaftliche Interessen bedient, oder in sinnvolle gesellschaftliche Infrastrukturen und sozial-kulturelle Dienste investiert werden soll. Damit ist zunächst eine Richtung angegeben, aber entsprechende Kämpfe können auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn nicht zugleich auf grundlegende Reformen des Steuer-, Finanz- und Haushaltswesen des Sozialstaates gedrungen wird.

## 7.5 Steuerreform, Finanzwesen und gesellschaftliche Buchführung

Die gegenwärtig eskalierende Staatschuldenproblematik wird zu einer extremen Verschärfung der Lage an der bezeichneten systemischen Bruchlinie führen, insofern die weitergehende Demontage des Sozialstaats und vermehrte kapitalwirtschaftliche Übernahmen aus den verwertbaren Grund- und Restbeständen der öffentlichen und sozialwirtschaftlichen Dienste bevorstehen. Die aktuelle Ankündigung der britischen Regierung, das Land durch drastische Haushaltseinsparungen aus der Schuldenkrise zu führen und dabei innerhalb von etwa 5 Jahren 500 000 Stellen zu streichen, kündigt eine neue Welle reaktionärer Aktivitäten aus kapitalwirtschaftlicher Rat- und Gewissenlosigkeit an.

Im direkten Gegenzug erforderte die Verteidigung und Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste, so wie letztlich die Instituierung der Sozialwirtschaft als effektive und bedürfnisgerechte Systemalternative, zwingend die Schaffung einer Finanzierungsgrundlage beziehungsweise einen entsprechenden staatlichen Transfer. Die Wert- und Reproduktionsanalyse ergab, dass dieser letztlich nur durch eine neuartige, dem reziproken praktischen Verhältnis der beiden grundlegenden Wirtschaftsabteilungen gemäße, beiderseits existenzsichernde, volkswirtschaftlich proportionale Besteuerung der industriellen Warenproduktion in Anbindung an die werttheoretisch so genannten konstanten Sachkapitalwerte gewonnen werden kann.

Das heißt, dass die für die Arbeit und Ausrüstung der emanzipierenden Abteilung notwendigen Werttransfers *niemals* zureichend aus einer überwiegenden, direkten oder indirekten Besteuerung von kapitalwirtschaftlich residualen Lohn- oder Gewinneinkünften oder mit Hilfe anderer steuerlicher Hebel geschöpft werden können.<sup>9</sup> Die provokative These lautete, dass im Grunde darin eine Hauptquelle der unaufhaltsamen Staatsverschuldung liegt. Die den entwickelten realen Wertverhältnissen entsprechende und durchschlagende, effektive Lösung kann nur durch eine direkt auf das marxistisch so genannte konstante Kapital bezogene Kapitaltransfersteuer erreicht werden.<sup>10</sup> Das bedeutet auch eine Schranke für jede Alternative Wirtschaftspolitik, die alles in allem auf eine Umverteilung<sup>11</sup> noch im

---

<sup>9</sup> Ein sehr grober und vorläufiger Anhaltspunkt bezüglich der Sachlage liegt in der Schätzung, dass der Anteil der staatlichen Investitionsquote in Deutschland um 1990 ein Drittel und mehr betrug. Vgl. Ambrosius, Gerold: Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Oldenbourg, München 1990, S. 65.

<sup>10</sup> Was ich hier Kapitaltransfersteuer nenne, ist früher als „Maschinen-“ oder „Automatensteuer“ angesprochen worden und ein implizites Element der sogenannten „Wertschöpfungssteuer“, siehe den Beitrag von Andreas Willnow im vorliegenden Sammelband. Für die weitere Vertiefung und Auseinandersetzung über die Probleme ist eine informative Vorgabe Krätke, Michael: Kritik der öffentlichen Finanzen. S. 119-139 in: Prokla 154 zum Thema „Mit Steuern steuern“, im März 2009.

<sup>11</sup> Das von Attac geschnürte „Umverteilungspaket“ soll „zeigen, dass es sehr wohl auch anders geht – vorausgesetzt, der politische Wille ist da“: Die geforderte „Wiedereinführung der

Rahmen des herkömmlichen Steuersystems und eine dadurch gestützte, linkskeynesianisch umgepolte Wirtschaftspolitik setzt. Deutlichere transfersteuerliche Momente enthält dagegen bereits die Forderung nach Einführung einer „solidarischen Bürgerversicherung“, die alle Einkommen, also auch die von Selbständigen, Beamten und Spitzenverdienern einbezieht sowie die Arbeitgeberseite beteiligt.

Auf der Oberfläche tritt die Frage einer Kapitaltransfersteuer, also einer – praktisch vielleicht in kleinen Schritten - ausgeweiteten direkten Besteuerung in Anbindung an Sachkapitalwerte zusammen mit einer dadurch möglichen relativen Senkung der einkommensbezogenen Besteuerung, in der fast nicht mehr geführten Diskussion über eine Maschinensteuer oder eine Wertschöpfungssteuer zutage. Beispielsweise sind die in einer Fußnote schon genannten politökonomische Beiträge zur Frage „Mit Steuern steuern“ in diesem Punkt erblindet und überantworten damit einschlägige frühere Beiträge dem Vergessen.<sup>12</sup> Ein anderer einschlägiger Lösungsvorschlag ist die Forderung nach einer künftigen „Internalisierung“ der von den Kapitalwirten nicht wirklich bezahlten gesellschaftlichen Folgekosten. Das mag gesellschaftlich entlastend und partiell steuerungswirksam sein, überschreitet jedoch ansonsten den Horizont der gegebenen kapital- und staatswirtschaftlichen Ökonomik nicht und zündet keinen Funken für die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste. Diese sind nicht wie Folgekosten, sondern insgesamt als nicht unmittelbar bezahlte Vorleistungen zu fassen, deren transfersteuerliches Inkasso naturgemäß und rechtens dem Sozialstaat obliegt.

Die unverzichtbare Forderung nach einer Kapitaltransfersteuer gewinnt ihre eigentliche Durchschlagskraft in Verbindung mit Begründungen, die im Vorhergehenden erläutert wurden. In erster Linie ist die systemisch disparitätische und reprimierte Stellung der sozialwirtschaftlichen Dienste unter dem Regiment des Kapitals zu nennen, die den gesellschaftlichen Fortschritt blockiert. Die Aufdeckung einer praktisch-objektiven Inadäquanz der bestehenden Eigentumsordnung und insbesondere die Aussicht auf eine Systemkorrektur, die das Problem der Staatsverschuldung grundsätzlich angeht, legen eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nahe. In dieses sozialwirtschaftliche Konzept fügen sich auch die gegenwärtigen Forderungen nach einer Neuordnung des Finanz- und Bankwesens ein: Aus der gewonnenen Perspektive stellt dieses im Grunde nichts anderes als eine gesellschaftliche Infrastruktur ganz besonderer Art dar. Es soll und kann infolgedessen so instituiert werden, dass seine verwertungswirtschaftliche Verkleidung und Verkehrung aufgehoben wird und es als sozialwirtschaftlicher Dienst zur Wirtschaftsförderung unter öffentliche Verantwortung und Kontrolle kommt.

## **7.6 Sozialwirtschaftliche betriebliche Organisationsformen**

Die angestrebte sozialwirtschaftliche Konfigurierung der Reproduktionsverhältnisse, also die entsprechende Umstimmung der betriebs- und gesamtökonomischen Funktionalität, bildet auf längere Sicht die entscheidende Existenzbedingung für neue einzelwirtschaftliche Organisationsformen. Sonst würden diese nicht über das hinauskommen oder das Schicksal erleiden, was von bisherigen genossenschaftlichen Betriebsformen, von der ehemaligen jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung oder auch von deutschen Mitbestimmungsmodellen

---

Vermögenssteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, Modifizierungen bei der Erbschaftssteuer und der Kapitalertragssteuer, eine umfassende Unternehmensteuerreform sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Steuerflucht und -hinterziehung“ würde das Staatsschuldenproblem nicht wirklich lösen und für die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste nicht ausreichen. Hier fehlt es noch an Bewusstsein für die historisch-systemische Schranke, die durchbrochen werden muss.

<sup>12</sup> Auch im 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE kommt im Abschnitt „Umverteilung und gerechte Steuern“ eine Maschinen- oder Wertschöpfungssteuer nicht vor. Das Thema soll mit dem Beitrag von Andreas Willnow im vorliegenden Sammelband wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

bekannt ist. So sind auch die Projekte einer Solidarischen Ökonomie zunächst noch Insellösungen und vorbereitende Experimente im Meer des kapitalistischen Weltsystems.

Dass die einzelwirtschaftliche Instituierung im Sinne einer sozial-genossenschaftlichen Eigentums- und Betriebsverfassung den heutigen realen Wertbildungs- und Aneignungsverhältnissen entspricht, ging aus der Reproduktionsanalyse hervor. Um die Dinge voranzubringen, könnte beispielsweise eine neue sozialwirtschaftlich-gemeinwirtschaftliche, wirtschaftsdemokratische Betriebs- und Unternehmensverfassung ausgearbeitet und, wie Aktiengesellschaft, GmbH und Genossenschaft, als Gesellschaftstyp bis auf europäische Ebene institutionalisiert werden. Dieser könnte in künftigen Auseinandersetzungen, ob es sich um Wohnungsbau, Nahverkehr oder Wasserwirtschaft handelt, als Alternative ins Feld geführt werden, best-practice Beispiele abgeben und weitergehend auch im Bereich industrieller Warenproduktion erprobt und eingeführt werden. Eine solche Instituierung antwortet auf gesellschaftliche Bedürfnisse nach einer besseren sozial-kulturellen und infrastrukturellen Versorgung und nach vermehrten Angeboten in der Produktwelt, die nicht nur ein ökologisches, sondern ein sozialwirtschaftliches Gütesiegel verdienen.

Im Zusammenhang einer umgreifenden Sozialwirtschaft wären die vielfältigen Betriebe weiter mit Märkten verbunden und können sich mit Wetteifer positionieren. Sie wären aber nicht einer kapitalwirtschaftlichen Verwertungskonkurrenz ausgesetzt, stünden nicht unter dem Zwang zur Akkumulation, Konzentration und Expansion und es gäbe Schutzschilde für Betriebe und Branchen gegen verwertungswirtschaftliche „feindliche Übernahmen“ und gegen Diktate eines verselbständigten Weltmarkts. Märkte blieben also Grundbestandteil eines zukünftigen entspannteren Wirtschaftens, das sich mit den notwendigen gesellschaftlichen Dispositionen und Regulierungen produktiv verbinden lässt.<sup>13</sup> Die mit einer sozialwirtschaftlichen Umstellung verbundenen Veränderungen im Wertgefüge wirken darauf hin, dass auch kleine und mittlere Betriebe nicht per se im Nachteil wären, beziehungsweise organisch höher organisierte Großbetriebe nicht von vornherein die wirtschaftlich überlegene Lösung darstellten. So kann man aufhören mit der Vergötzung der Vergrößerung industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe und organisatorischer Strukturen. Schließlich kann „Effizienz“ ganz anders, nämlich nach gesellschaftlichen, sozialwirtschaftlichen Maßstäben definiert werden.

Es versteht sich von selbst, dass mit alledem nur angedeutet sein kann, was das Feld einer neuen Sozial- und Betriebswirtschaftslehre ausmacht und in den gegenwärtigen Ansätzen und Diskussionen über eine „Ökonomie des Gemeinwesens“, „Sozial- und Nonprofitwirtschaft“ oder „Social Economy“ virulent ist. Es gilt insgesamt, auch betriebswirtschaftliche Überlegungen zur „Funktionsweise eines alternativen historischen Systems“ voranzutreiben, das entsteht, wenn der „Primat endloser Kapitalakkumulation eliminiert“ ist.<sup>14</sup>

## **7.7 Kommunalverfassung und neue urbane Praxis**

Die kommunal verfasste urbane Praxis, das heißt unser modernes Leben in Städten oder urbanen Räumen und unter kommunaler Verwaltung, spielt eine zentrale Rolle als primärer Lebensraum. Sie ist ein Ort demokratischer Selbstorganisation, die in kommunaler Politik

---

<sup>13</sup> Eine Vorahnung schwingt mit, wenn Marx 1871 in seiner Schrift zu Pariser Kommune als Grundform einer gesellschaftlich „assozierten Arbeit“ „genossenschaftliche“ Betriebe annahm, welche die „nationale Produktion“ dann „nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen“. Das ist eine utopistische Idee entsprechend den Denkmöglichkeiten in der Zeit des Industriekapitalismus, die man nicht staatsplanwirtschaftlich missinterpretieren muss.

<sup>14</sup> Vgl. Wallerstein, Immanuel: Utopistik. S. 80-88. Diese Überlegungen gehen am Weitesten im Hinblick auf eine Sozialwirtschaft als Systemalternative. Zur Anregung nur noch zwei interessante Quellen: Das Portal <http://www.socialnet.de/> und Elsen, Susanne: Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung. Juventa Verlag, Weilheim und München 2007.

und Verwaltung einen Ausdruck findet, ebenso ein Ort vielseitigster zivilgesellschaftlicher Vereinigung im Hinblick auf Interessen der Individuen und praktische Fragen ihres Gemeinwesens.

Sie ist vor allem der konkrete Ort der individuellen, auch familialen Reproduktion, das Medium unserer allseitigen Lebensäußerung als gesellschaftliche Individuen und als solches der maßgebliche Ort der Produktion und Realisierung sozialwirtschaftlicher Dienste.<sup>15</sup> Diese umfassen das ganze Spektrum von Geburtskliniken, Kindergärten und Schulen über die Stadtverwaltung, die Ver- und Entsorgung, den Wohnungs- und Städtebau, die Medien- und Kulturlandschaft bis hin zu Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen.

All das legt den Schluss nahe, dass die gegenwärtige kapitalistisch-liberalistische Organisations- und Verfassungswirklichkeit der gesellschaftlichen Realität nicht gemäß ist: Die konkreten lebensbedeutsamen Dispositionen, die produktiven Kräfte und Gestaltungsprozesse und die ursprüngliche gesellschaftliche Selbstorganisation vor Ort sind völlig unangemessen repräsentiert, ermächtigt und ausgestattet. Der kommunalen Ebene werden die von dort praktisch angeforderten ökonomischen und juristischen Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten unter kapitalwirtschaftlicher Dominanz und Hegemonie nicht zugebilligt. Diese Konstruktionsmängel reflektieren sich wiederum innerhalb des kommunalen Raums, indem den vorhandenen partizipatorischen Elementen, an den Nahtstellen zwischen legitimierten kommunalen Organen und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, deutliche Grenzen gesetzt sind: Die Bewegungen für Bürgerbegehren und Volksentscheide arbeiten sich an diesen Grenzen ab und suchen sie partiell zu überspringen, während die Wirtschaft derweil noch ihr eigenes Spiel spielt: Die konsequenteste Antwort auf die Selbstherrlichkeit der Bonikaste wäre die Er kämpfung des bisher verweigerten Grundrechts auf den politischen Generalstreik.

Im Konzept einer sozialwirtschaftlichen Transformation liegt eine Antwort auf die Fragen, die sich in den aufbrechenden Bürgerprotesten stellen: Die Zukunft liegt in einer höher entwickelten Gesellschaftlichkeit, in welcher die Kommunen als Basiseinheit der gesellschaftlichen Praxis verfassungsmäßig bestätigt und wirtschaftsdemokratische Organe auf kommunaler und regionaler Ebene instituiert sind. Das bedeutet eine Entwicklungsrichtung hin zu partizipatorischer Demokratie und bürgerlicher Mitentscheidung, zur weiter gehenden institutionellen Integration von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und kommunalen Organbildungen, beispielsweise im Rats-, Beirats- und Ausschusswesen, überhaupt weiter hin zu einem beidseitig geöffneten Verhältnis zwischen Stadt und Bürger. Es sollte also, wie mit dem Beteiligungshaushalt in Porto Alegre begonnen, über eine neue Kommunalverfassung nachgedacht werden.

Für die Emanzipation des kommunalen, urbanen Lebens ist jedoch am Ende entscheidend, inwiefern Mittel und Befugnisse, überhaupt die entsprechende Gestaltungsmacht gegeben sind: Der Schuldenberg und die Finanznot der Städte sind ein Sekundäreffekt der überlebten Reproduktionsverhältnisse, welche den notwendigen Transfer für die Unterhaltung und Ausweitung der sozialwirtschaftlichen Dienste, ihre Übergabe in öffentliche, gesellschaftliche Regie und Verantwortung verhindern und praktisch das Gegenteil bewirken: Die Strangulierung der Kommunen und Privatisierung des Öffentlichen. So bleibt die Finanzierung der Städte aus der Gewerbesteuer ein kapitalwirtschaftlicher Notbehelf und weder ein Bettelgang der Kommunen nach Berlin, noch die jetzt vorgeschlagene „kommunale Einkommensteuer“ können die Situation wesentlich ändern.

Daher wäre es an der Zeit, eine angemessene Repräsentanz und Beteiligung am Staatshaushalt zur eigenen wirtschaftspolitischen Verfügung anzustreben. Beispielsweise könnten die subsidiären Kompetenzen ausgeweitet und letztlich aus dem Deutschen

---

<sup>15</sup> „Daher ist das Lokale ein ausgezeichneter Ort, um Infrastruktur für alle zugänglich her- und zur Verfügung zu stellen. Sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit weiß darüber ziemlich viel ... Daher muss das Planen und Betreiben der sozialen Infrastruktur möglichst dezentral, auf lokaler oder regionaler Ebene erfolgen, d.h. da, wo sie bedarfsgerecht und so weit wie möglich selbstverwaltet gestaltet werden kann.“ Vgl. AG links-netz: Joachim Hirsch, Heinz Steinert u.a.: Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur. AG links-netz, Februar 2010.

Städtetag ein Verfassungsorgan entsprechend Bundestag und Bundesrat entwickelt werden. Die eigentlichen Akte der Befreiung, das Einschlagen einer neuen Richtung der Stadtentwicklung und die Entfaltung einer neuen Stadtkultur, sind aber wesentlich an die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste, eine Steuerreform und an eine sozialwirtschaftliche, wirtschaftsdemokratische Gesamtverfassung geknüpft.

## **7.8 Sozialwirtschaftliche Konsolidierung und internationale Kooperation**

In dem Maße, in dem sich neue politisch-ökonomische Organe einer Selbstregulation konstituieren, in dem auf die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste und insgesamt auf die Festigung der neu konfigurierten Reproduktionsordnung hingearbeitet wird, wird der aus der Verwertungswirtschaft entspringende Export- und Expansionsdrang und damit die Weltmarktabhängigkeit verringert und kann schließlich in Schranken gehalten werden. Durch die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung auf die Konsolidierung der sozialwirtschaftlichen Reproduktionsform kann sich die demokratische Wirtschaftsgesellschaft in gemäßer Weise das internationale und weltwirtschaftliche Beziehungsgeflecht eingliedern.

Diese Umpolung ist notwendig und vorteilhaft mit souveräner außenwirtschaftlicher Kontrolle und Regulierung verbunden. Mit einem Autarkiestreben, das in der liberalistischen Welt des Teufels war und ist, hat die Aktivierung im Sinne einer Selbst- statt Fremdbestimmung nichts zu tun. Vielmehr sollte es möglich sein, durch die formationelle Veränderung der inneren Reproduktionsverhältnisse aus dem Teufelskreis von Verwertungszwang, Standortkonkurrenz, Wettbewerbsstaatlichkeit, Exportmeisterschaft und Kapitalexpansionen auszubrechen: Die Pathologie des kapitalwirtschaftlichen Internationalismus und des damit verschwisterten Imperialismus ist damit längst nicht erschöpft.

Ein Denkbild kann die Alternative veranschaulichen: Die systemisch neu, sozialwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsgesellschaften schwimmen im Meer einer global verflochtenen Ökonomie, aber mit unterschiedlicher Eintauchtiefe oder Anteil an internationaler warenwirtschaftlicher Verflechtung. Die demgegenüber auf die Reproduktion der eigenen existenziellen und zivilisatorischen Gegebenheiten ausgerichtete, die Tragfähigkeit und den Komfort des Ganzen garantierende sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion stellt den anderen Teil dar. Eine solche Gesellschaft kann und muss die Reproduktionsordnung ihres Raums und den ganzen Kurs je nach den gegebenen Bedingungen und Möglichkeiten selbst organisieren. Mit anderen Worten: Anständige außenwirtschaftliche Beziehungen können nur solche auf Gegenseitigkeit oder zur uneigennütigen Hilfestellung sein, was in der Welt der kapitalwirtschaftlichen Egomane und Konkurrenz unmöglich und in der hermetischen, sauerstoffarmen liberalistischen Gedankenwelt undenkbar war und ist.

Innere Selbstbestimmung, außenwirtschaftliche Kontrolle und frei gestaltbare Beziehungen auf der Grundlage einer sozialwirtschaftlich möglichen Konsolidierung verlangen die Beibehaltung der demokratischen, verfassungsmäßigen Souveränität auch für Gesellschaften, die sich in erweiterte Wirtschaftsräume wie die Europäische Union eingliedern.<sup>16</sup> Auf dieser Ausgangsbasis können jegliche partnerschaftliche Angleichungen und Beziehungen im Verkehr und Miteinander instituiert werden, auch im Interesse einer friedlichen Welt. Das heißt am Ende, dass die Zukunft des Weltsystems nicht einem freien Weltmarkt überantwortet und schon gar nicht durch eine hegemoniale oder imperiale Politik gesichert werden kann, sondern auf Gegenseitigkeit und Entwicklungspartnerschaft gründen sollte: Die Kapitalwirtschaft bietet dafür keinerlei geeignete Grundlage und Gewähr. Auf dem anderen Weg wird ist das Geflecht bilateraler, multilateraler Kooperationen und auch

---

<sup>16</sup> Zahlreiche Argumente, die Chantal Mouffe gegen die „kosmopolitische Illusion“ aufbietet, würde ich auch gegen eine ‚integrationistische Illusion‘ wenden. Vgl. Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2007.



gemeinsamer Governance auf kontinentaler und globaler Ebene anders geknotet. Das wäre keine Weltentwicklung im Sinne neoliberaler Globalisierung, sondern im Sinne im Sinne einer zivileren und zivilisierteren Mondialisierung.

## 8. Ausblick auf offene Fragen und Forschungsaufgaben

Das Konzept Sozialwirtschaft als Systemalternative weist zwar scharfe Thesen auf und ist im Grundriss profiliert, hat aber vorerst noch einen prototheoretischen Status. Es ist mit seiner vorläufigen Methoden- und Problemexposition angelegt auf weitertreibende Diskussionen und Forschungsbemühungen.<sup>17</sup> Die Zusammenhänge und Schlussfolgerungen wurden hier diskursiv vorgestellt, sozusagen in einem Gedankenexperiment.

Ich behaupte aber, dass der umrissene Ansatz mit modernen Mitteln der medialen Simulation und unter Einsatz höherer mathematischer Methoden beweiskräftig demonstrierbar ist. In den Kernfragen kann eine historisch-empirisch, wesentlich durch Daten aus der volkswirtschaftlichen Statistik und Gesamtrechnung gestützte wert- und reproduktionstheoretische Modellierung weiter führen. Für die dabei ganz wesentliche Diskussion auf dem Feld Marx und Keynes<sup>18</sup> besteht die Schwierigkeit, dass Keynes Aggregate und Konzepte nicht werttheoretisch fundiert sind. Nach vorliegender Untersuchung kommt das Problem hinzu, dass sie nicht unmittelbar mit den Marxschen Reproduktionsschemata zu vergleichen oder zu korrelieren sind. Vielmehr müsste die mit Blick auf die sozialkapitalistische Neuformierung politisch-ökonomisch weiter entwickelte Reproduktionsordnung zugrunde gelegt werden, wie sie hier umrissen wurde.

Nicht erst damit bricht eine fundamentale Kontroverse auf: Zwischen einer wert-, kapital- und transformationstheoretisch weiter entwickelten Wissenschaft der politischen Ökonomie einerseits und den ansonsten für normal erachteten Kategorien der volkswirtschaftlichen Statistik und Interpretationen der vorherrschenden Wirtschaftslehren. Dabei stößt man nicht nur ganz allgemein auf die „innerlich verzweifelte Armut, die die Grundlage des bürgerlichen Reichtums und seiner Wissenschaft bildet“<sup>19</sup>, sondern vor allem auf die These, dass ausschließlich in der Marxschen Theorie „die Arbeitsgegenstände, die die Masse der Zwischenprodukte darstellen, als wichtiger Bestandteil des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts betrachtet“ werden.<sup>20</sup> Hinzu kommt eine fundamentale Differenz infolge des sonst auch „dialektisch“ genannten, praxistheoretischen Wirklichkeits- und Methodenverständnisses. Es bedarf daher einer grundlegenden Dekonstruktion oder Reinterpretation der vorhandenen Vorgaben und Vorbegriffe, um die Zusammenhänge mit politisch-ökonomischen Grundkategorien besser zu fassen und eine informationelle Basis für die Modellierung des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, der real fungierenden Reproduktionszusammenhänge und für eine transparente Wirtschaftsrechnung zu schaffen. Hier scheint auch die künftige Aufgabe einer sozialwirtschaftlichen „gesellschaftlichen Buchführung“ auf.

---

<sup>17</sup> Eine ähnliche Anstrengung hat, in einer ganz anderen historischen Situation, Charles Bettelheim unternommen: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Wagenbach Verlag, Berlin 1970. Eben diese Problematik gilt es im Rückblick auf die Erfahrungen des 20. und entsprechend der neuartigen Übergangssituation des 21. Jahrhunderts wieder aufzugreifen.

<sup>18</sup> Hierher gehörte eine umfangreichere Recherche über Beiträge zum Verhältnis zwischen Marxscher Reproduktionstheorie, moderner Kreislaufanalyse und entsprechenden keynesianischen Konzepten und Interpretationen. Einen aktuellen Anstoß zur Diskussion gibt Stütze, Ingo: To be or not to be a Keynesian – ist das die Frage?, besonders den Schlussabschnitt „Reform oder Transformation“. In: Zeitschrift Prokla 157/2009.

<sup>19</sup> Marx, Karl: Grundrisse. S. 155. Eine schöne Bemerkung!

<sup>20</sup> Vgl. Müller, Eva: Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. VSA-Verlag, Hamburg 2005. Dort spricht Eva Müller auch einen frühen Entwurf der Konzeption der Sozialwirtschaft als Systemalternative viel zu kurz an und ohne die Spur weiter zu verfolgen. Vgl. ebd. S. 25.

Um die angesprochene Lücke wahrzunehmen, genügt hier der Hinweis auf den ritualisierten Hokusfokus der Wirtschaftsweisen, die sich auf normierte Begriffe und von der Oberfläche geschöpfte Informationen stützen, damit regelmäßig den kapitalwirtschaftlichen Kapriolen nachhinken und über die eigenen Füße stolpern. Oder der Hinweis darauf, dass sich die gewerkschaftlichen Forschungsinstitute so wie die Memoranden der alternativen Wirtschaftspolitik auf theoretische Projektionen der sozialökonomischen Wirklichkeit stützen, aus denen zunächst nicht mehr als linkskeynesianische Alternativen abgeleitet werden können, jedoch keine eigentlichen transformationstheoretischen Schlussfolgerungen.

Das heißt hier zunächst nur so viel, dass eine weitergehende Argumentation und Realpolitik im Sinne der sozialwirtschaftlichen Transformation eine kollektive theoretische Anstrengung und eine konkreter zu erarbeitende wirtschafts- und sozialinformatische Basis benötigt. In solchem Prozedere mögen sich dann auch praxistheoretische und methodologische, wert- und reproduktionstheoretische Fragen weiter klären und die im Grundansatz kenntlichen praktischen und politischen Konzepte fortentwickeln.

---

*Quelle: Horst Müller, Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens. S. 157-228 (hier Auszug der S. 214-228) im Sammelband: Horst Müller (Hrsg.), Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation. BoD-Verlag, Norderstedt 2010 (356 S., 22,90 €) ISBN 978-3-8391-8822-4.*

Siehe auch [www.praxisphilosophie.de/prxpubl2010.htm](http://www.praxisphilosophie.de/prxpubl2010.htm) und die Anzeige zur Buchveröffentlichung bei amazon, mit der Möglichkeit zur Einsichtnahme: [http://www.amazon.de/Von-Systemkritik-zur-gesellschaftlichen-Transformation/dp/3839188229/ref=sr\\_1\\_13?ie=UTF8&qid=1290548986&sr=8-13](http://www.amazon.de/Von-Systemkritik-zur-gesellschaftlichen-Transformation/dp/3839188229/ref=sr_1_13?ie=UTF8&qid=1290548986&sr=8-13)